

Vorlage		Vorlage-Nr: E 26/0024/WP18
Federführende Dienststelle: Gebäudemanagement Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 18.03.2021
		Verfasser/in: E 26/00
Photovoltaik-Anlagen auf allen öffentlichen Gebäuden im Bezirk installieren – Antrag der Fraktion der GRÜNEN in der Bezirksvertretung Kornelimünster/Walheim vom 16.11.2020		
Ziele: Klimarelevanz Positiv		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.04.2021	Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster / Walheim	Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/Walheim nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Antrag der Fraktion der GRÜNEN in der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/Walheim gilt damit als behandelt.

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
	x		

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
	x		

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
			x

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

gering	<input checked="" type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

<input type="checkbox"/>	vollständig
<input type="checkbox"/>	überwiegend (50% - 99%)
<input type="checkbox"/>	teilweise (1% - 49 %)
<input type="checkbox"/>	nicht
<input type="checkbox"/>	nicht bekannt

Erläuterungen:

Mit Datum vom 16.11.2020 stellte die Fraktion der GRÜNEN in der Bezirksvertretung Kornelimünster/Walheim den in der Anlage beigefügten Antrag.

Photovoltaik-Anlagen werden bereits heute im Rahmen von Neubauvorhaben städtischer Gebäude sowie bei größeren Sanierungen installiert, z.B. aktuell vorgesehen im Rahmen der energetischen Sanierung des Inda-Gymnasiums. Diese Anlagen werden nach der Sommerstromlast ausgelegt, was zu einer maximalen Anlagengröße von 10 kWp führen würde.

Als eine wesentliche Maßnahme des sog. Integrierten Klimaschutzkonzeptes wurde durch das städtische Gebäudemanagement die Möglichkeit untersucht, auf allen geeigneten städtischen Dachflächen PV-Anlagen zu installieren.

Die Ergebnisse der Untersuchung im Überblick:

Würden alle dafür geeigneten Dachflächen kommunaler Gebäude mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet, könnte eine Strommenge von 12,5 GWh erzeugt werden, was 52 % des kommunalen Gesamtstromverbrauches von 24 GWh darstellen würde.

Auf das Inda-Gymnasium bezogen, kann eine PV-Leistung von 500 kW installiert werden.

Die Stromverteilung der regenerativ und lokal erzeugten Strommenge könnte über:

- Eigenverbrauch direkt am Gebäude
- Einspeisung ins öffentliche Netz mit Vergütung nach dem EEG
- Verteilung auf alle kommunalen Gebäude durch die sogenannte Regionale-Direkt-Vermarktung (RDV)

erfolgen.

Der jährliche Strombezug beträgt 24.000.000 kWh. 12.455.000 kWhp könnten auf kommunalen Dachflächen produziert werden, somit 52 % des kommunalen Gesamtverbrauches. 156 PV-Anlagen würden in dem Zusammenhang neu errichtet und führten zu einer Gesamtleistung von 13.839 kWp, einschließlich bereits vorhandener Anlagen. Die jährliche CO₂-Einsparung würde 6.600 t betragen.

Bei Investitionskosten in Höhe von rd. 18,7 Mio. € führt eine 100-prozentige Umsetzung zu einer erheblichen jährlichen Entlastung der Strombezugskosten.

Die Umsetzung ist - auch unter Berücksichtigung von Personal-, Wartungs- und Instandhaltungskosten sowie Bilanzierungskosten - aus Sicht der Fachverwaltung wirtschaftlich darstellbar.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2021 und Folgejahre wird über die erforderlichen Investitions- und Personalkosten für dieses Gesamtvorhaben beraten.

Bei entsprechender Beschlussfassung wird die Verwaltung zeitnah mit der Umsetzung beginnen. Derzeit wird von einer Realisierungsphase von insgesamt rd. 5 Jahren ausgegangen.

Die konkrete Umsetzungsreihenfolge wird mit Blick auf den gesamtstädtischen Gebäudebestand erfolgen. Sie ist letztlich von verschiedenen Faktoren abhängig (u.a. Eignung und Zustand der Dächer, sinnvolle Umsetzung im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, wie beispielsweise anstehenden Hüllsanierungen) und somit nicht mit Bezirksbezug möglich bzw. sinnvoll.

Anlage/n:

Anlage 1 – Antrag der Fraktion der GRÜNEN in der Bezirksvertretung Kornelimünster/Walheim vom 16.11.2020

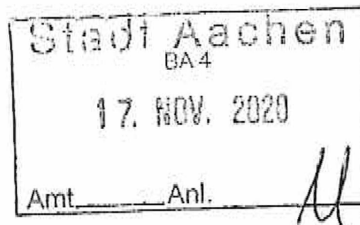
Herrn Bezirksbürgermeister
Jakob von Thenen
Bezirksamt Kornelimünster/Walheim
52076 Aachen

Adresse: Schulberg 20
52076 Aachen

Tel.: 01515 1726307

Mail: bv.gruene.kornelimuenster
@gruene-aachen.de

Nachrichtlich
Frau Bezirksamtsleiterin
Frau Classen



16 November 2020
GRÜNE BV KW 06 / 2020

Antrag an die Bezirksvertretung

Sehr geehrter Herr von Thenen,

die Fraktion der GRÜNEN in der Bezirksvertretung Kornelimünster/Walheim stellt folgenden Antrag:


Photovoltaik-Anlagen auf allen öffentlichen Gebäuden im Bezirk installieren

Die Verwaltung wird beauftragt, alle öffentlichen Gebäude im Bezirk (insb. Bezirksamt, Kindergärten und Schulen) auf ihre Eignung für die Installation von Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern zu prüfen und bei Eignung die Installation auszuschreiben. In einem Zwischenschritt soll über das Prüfergebnis berichtet werden.

Begründung

Der Rat der Stadt Aachen hat in seiner Sitzung am 19.06.19 den „Klimanotstand in Aachen“ und die „Resolution zum Klimanotstand“ beschlossen. Auch Kornelimünster/Walheim muss zur Erreichung der dort angesprochenen Ziele seinen Beitrag leisten. Dazu streben wir im Energiebereich an, **energieautark** zu werden. Ein wesentlicher Hebel hierzu ist die Erzeugung alternativer Energien.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Gilles
Fraktionssprecher

Bezirksamt Aachen-Kornelimünster/Walheim
BA 4

Die Oberbürgermeisterin

Auskunft Frau Claßen
Gebäude Schulberg 20, 52076 Aachen
Telefon 432-8421
Fax 432-8499
Datum 22.12.2020



An
-E 26 -
Herrn Schavan

Feld
o. sein } evl. 5.1.21 A.
↳ 20/20 calling Entwurf Vorlage

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/Walheim
am 02.12.2020

hier: Behandlung von Anträgen
 Photovoltaik-Anlagen auf allen öffentlichen Gebäuden im Bezirk installieren
 Antrag der Grünen vom 16.11.2020

Sehr geehrter Herr Schavan,

als Anlage übersende ich Ihnen einen Auszug aus der o. a. Niederschrift mit der Bitte um

- (x) Kenntnisnahme.
- (x) Fertigung einer Vorlage für eine der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Claßen

Anlagen

Auszug

aus der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/Walheim am Mittwoch, dem 02.12.2020, in der Aula des Inda-Gymnasiums (Neubau), Gangolfsweg 52, 52076 Aachen

A. Öffentliche Sitzung

Zu TOP 6: Behandlung von Anträgen

Herr von Thenen verweist auf die in der Vorlage aufgeführten Anträge, die nach § 12 der Geschäftsordnung für den Rat und die Bezirksvertretungen und die Ratsausschüsse rechtzeitig eingereicht wurden. Er fragt nach, ob jemand dem Beschlussvorschlag für alle Anträge nicht zustimmen, oder über einzelne Anträge abstimmen möchte. Da das nicht der Fall ist ergeht folgender einstimmiger

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/Walheim nimmt die fristgerecht gestellten Anträge zur Kenntnis und verweist diese vor einer abschließenden Beratung zur Stellungnahme an die Oberbürgermeisterin.